

Jetzt schlägt die Stunde der Taktiker

Zuwanderung Christian Levrats Forderung nach mehr flankierenden Massnahmen hat es schwer

VON ANTONIO FUMAGALLI

Die erste Schlacht zur Umsetzung der Zuwanderungsinitiative im Parlament ist geschlagen. Der Rauch, der bis weit über Bundesbern hinaus sichtbar war, hat sich nach dem klaren Votum des Nationalrats ein Stück weit verzogen. Im Untergrund jedoch lodert das Feuer weiterhin - und kaum jemand geht davon aus, dass das letzte Wort schon gesprochen ist.

Denn nun ist die ständerätliche Kommission an der Reihe, im Dezember folgt das Plenum. In welche Richtung die Diskussion gehen wird, zeigte sich spätestens bei der Lektüre der aktuellen Sonntagszeitungen. Gleich mehrere Vorschläge für eine Anpassung des Umsetzungsgesetzes wurden in die Runde geworfen.

«Wir müssen die Leute in den Firmen halten.»

Christian Levrat
Präsident SP Schweiz

Einer, der die Gunst der Stunde ausnützen möchte, ist SP-Präsident Christian Levrat. In der «Schweiz am Sonntag» skizzierte er, wie das Gesetz in seinen Augen noch angepasst werden sollte. Um den Erwartungen der Bevölkerung gerecht zu werden, müsse man nun endlich «das zentrale Thema anpacken». Sprich: Dafür sorgen, dass inländische Arbeitnehmer besser gegen die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt geschützt ist - aber auf eine Weise, die mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen kompatibel ist. «Wir müssen die Leute in den Firmen halten», sagt er.

SP wollte zuerst «solide Basis»

Dies gelinge nur, wenn man den Kündigungsschutz für Arbeitnehmende ausbaue, so der SP-Chef. Konkret soll die Definition der missbräuchlichen Kündigung erweitert werden. Und der Schadenersatz im Missbrauchsfall soll von sechs auf mindestens zwölf Monatslöhne verdoppelt werden. Levrat will damit «wieder das Tabu herstellen», dass langjährige Mitarbeiter im Handumdrehen durch günstigere Konkurrenz aus dem Ausland ersetzt werden. All das sieht er als Teil der flankierenden Massnahmen, welche die Schweiz eingeführt hat, um inländische Arbeitnehmer vor Missbräuchen im Rahmen der Personenfreizügigkeit zu schützen.

Flankierende Massnahmen? Da war doch mal was! In der Tat kämpfen die Sozialdemokraten seit Jahren für einen möglichst weit gehenden Schutz der

Der passionierte Schachspieler Christian Levrat gilt als Taktikfuchs - doch sein Plan dürfte kaum aufgehen.

CHRIS ISELI

hiesigen Arbeitnehmer - besonders virulent im Vorfeld der Abstimmung zur SVP-Initiative. Die SP nahm die Migrationsdebatte auf, um in deren Fahrwasser auf eigene Anliegen aufmerksam zu machen. Doch dieser Schuss ging bekanntlich nach hinten los.

Dass die SP nun mit den Flankierenden kommt, erstaunt insofern wenig. Überraschend ist eher der Zeitpunkt - denn sowohl in der nationalrätlichen Kommission wie auch im Plenum waren diese kein Thema. Der Grund dafür ist taktischer Natur, wie der Aargauer SP-Nationalrat Cédric Wermuth freimütig zugibt: «Man muss das als Mehrstufen-spiel betrachten. Es gibt für jede Forderung den richtigen Moment.» Zuerst sei wichtig gewesen, dass sich der Nationalrat auf den Vorrang der Bilateralen gegenüber einer strengen Umsetzung der Initiative einigte. «Uns war klar: Wir brauchen eine solide Basis im Nationalrat, bevor wir weitergehende Ideen diskutieren können», so Wermuth.

Ob die Taktik auch aufgeht, ist jedoch eine andere Frage. Gleichentags wie Levrat hat auch der Aargauer FDP-Ständerat Philipp Müller eine Verschärfungsvariante fürs Gesetz präsentiert. Stossrichtung: Arbeitgeber sollen es begründen müssen, wenn sie Stellensuchende nicht einstellen, die ihnen vom Arbeitsvermittlungsamt präsentiert wurden.

«Bei uns gibt es nichts zu holen»

Gemäss Wermuth, der im Migrationsdossier parteiintern Gewicht hat, lässt die SP in dieser Hinsicht durchaus mit sich diskutieren. «Wir lenken aber nicht einfach auf jede Forderung der FDP ein. Das bedingt auch ein Entgegenkommen ihrerseits», sagt er - und spielt damit auf die Verschärfung der flankierenden Massnahmen an.

Doch dabei dürfte er die Rechnung ohne den Wirt machen. «Das ist uralter Wein in neuen Schläuchen - bei uns gibt es in dieser Hinsicht nichts zu

holen», sagt FDP-Mann Müller. Ein Ausbau der flankierenden Massnahmen komme nicht infrage, weil dies die Arbeitsplatzsicherheit verringere statt vergrößere. Auch für FDP-Nationalrat Kurt Fluri, dessen Kommission sich dann wieder mit der Ständeratslösung befassen muss, droht bei einem Ausbau des Kündigungsschutzes eine Auslagerung oder Robotisierung der Arbeitsplätze. «Das würde die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz massiv verschlechtern», so der Solothurner.

Klar ist: Zum jetzigen Zeitpunkt wollen sich die Parteitaktiker nicht in die Karten blicken lassen, zu welchen Zugeständnissen sie allenfalls im Verlauf der Diskussionen bereit sind. Bleiben die Bürgerlichen bei ihrer Totalopposition in Bezug auf einen Ausbau der flankierenden Massnahmen, dürfte die SP allerdings kaum bereit sein, die ganze Vorlage aufs Spiel zu setzen - dafür ist ihr der bisher erreichte Kompromiss dann doch zu lieb.



NACHRICHTEN

KESB-ENTFÜHRUNGSFALL Schwander kann nicht auf Immunität zählen

Die Berner Justiz darf wohl bald ein Strafverfahren gegen Nationalrat Pirmin Schwander (SVP/SZ) einleiten. Bei seinem Engagement zugunsten einer Mutter, die ihr Kind vor der Kindes-schutzbehörde (Kesb) versteckte, kann sich der Politiker nicht auf die parlamentarische Immunität berufen, wie die Immunitätskommission des Nationalrates entschied. (SDA)

SCHWEIZER UNTERNEHMEN Frauen sind weiterhin rar auf den Teppichetagen

Frauen sind in Spitzenpositionen von Schweizer Unternehmen weiter ein rares Phänomen. Bei Konzernchefs liegt ihr Anteil zwar international im Mittel, geht es aber um Managerposten, sieht es anders aus. Auch in Verwaltungsräten sind Frauen schlechter vertreten. Obwohl ihr Anteil in den letzten acht Jahren laut CS 55 Prozent anstieg. Mit 13,4 Prozent liegt er hinter den internationalen 14,7 Prozent. (SDA)

BUNDESAMT FÜR STATISTIK Zwei von fünf Kleinkindern besuchen eine Krippe

Zwei von fünf Kindern unter vier Jahren haben 2014 eine Krippe besucht oder sind teilweise von einer Tagesmutter betreut worden. Wenn die Kinder das obligatorische Schulalter erreichen, nimmt die Dauer jedoch signifikant ab, wie das Bundesamt für Statistik in seiner neuesten Auswertung meldet. (SDA)

GRAUBÜNDEN/TESSIN Nationalpark Adula ist reif für die Abstimmungen

Der neue Nationalpark Adula in den Kantonen Graubünden und Tessin ist Ende November reif für die Abstimmungen in den 17 Parkgemeinden. Für einen zweiten Nationalpark müssen 13 Gemeinden zustimmen. (SDA)

Winterthur

Extremismus-Stelle nimmt Arbeit auf

Winterthur geht gegen islamistische Radikalisierungen vor. Gestern hat Urs Allemann sein Amt als Leiter der neuen Fachstelle Extremismus- und Gewaltprävention angetreten. Als Nächstes wird die Polizei verstärkt. Im Mai hatte die Stadtregierung beschlossen, die Anlaufstelle zu schaffen. Sie soll das Netzwerk aus Integrationsförderung, Jugendarbeit, Schulen und Stadtpolizei verstärken. Konkret soll sie früh erkennen, wenn sich eine Person radikalisiert. Deren Umfeld soll sie Beratung bieten und bei Extremismus und Gewaltbereitschaft notfalls einschreiten.

In Winterthur gab es etliche Fälle von Jugendlichen, die radikalisiert wurden und sich dem IS angeschlossen haben. (SDA)

Ergreift SVP Referendum allein?

Energiestrategie 2050 Nach dem Rückzieher des Gewerbeverbandes bleibt das Referendum gegen die Energiestrategie 2050 in der Schwebe.

Die SVP wird erst in den nächsten Tagen entscheiden, ob sie ohne Unterstützung eines Wirtschaftsverbandes das Referendum ergreift. Dies nachdem der Vorstand des Schweizerischen Gewerbeverbandes (SGV) am Montag beschlossen hat, auf ein Referendum gegen die «Energiestrategie 2050» zu verzichten. Das erste Massnahmenpaket sei ausgewogen, das Positive überwiege leicht, schreibt der SGV in einer Mitteilung.

Zu den Vorteilen zählt der Verband die zeitliche Befristung des Subventionssystems sowie die Einführung von Anreizen zur Steigerung der Energieeffizienz von Gebäuden. Die festgelegten Richtwerte ermöglichen Flexibilität, schreibt der Verband weiter.

Entscheid nicht in Stein gemeisselt

Damit wird ein Referendum gegen die letzte Woche vom Parlament beschlossene «Energiestrategie 2050» unwahrscheinlicher. Bereits im Frühling hatte der andere grosse Wirtschaftsverband, Economiesuisse, entschieden, ein Referendum weder zu lancieren noch zu unterstützen. Ob nach dem Rückzieher des SGV-Vorstandes die SVP allein das Referendum ergreifen will,

ist noch unklar. SVP-Präsident Albert Rösti sagte gestern, die Partei werde den Entscheid in den nächsten Tagen fällen. Der Parteivorstand hatte sich zwar im August für ein Referendum ausgesprochen - unter der Voraussetzung, dass die Wirtschaft mitzieht. Trotz dem Entscheid lässt sich der SGV-Vorstand ein Hintertürchen offen. Sollte das Verbandsparlament einen Gegenantrag stellen, würde der Entscheid des Vorstandes hinfällig.

Das Bundesparlament nahm das erste Massnahmenpaket der «Energiestrategie 2050» am letzten Freitag in der Schlussabstimmung deutlich an. Deswegen Eckpfeiler: keine neuen Atomkraftwerke, mehr erneuerbare Energien und weniger Energieverbrauch. (SDA)

Lehrer für Französisch

Sprachenstreit In der strittigen Frage des Frühfranzösisch in der Primarschule erhält der Bundesrat Rückendeckung von den Lehrerverbänden.

Der Bundesrat erhält im Sprachenstreit Unterstützung von prominenter Seite. Die Lehrerverbände sprechen sich dafür aus, die Kantone zu Französisch in der Primarschule zu verpflichten. Bei der Ausgestaltung sollen die Kantone aber möglichst viel Spielraum erhalten.

Dieser Kompromiss könnte eine Brücke zwischen den beiden Lagern schlagen, schreiben der Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz und der

Westschweizer Lehrerverband in einer gemeinsamen Mitteilung vom Montag.

Der Sprachenstreit schwelt bereits seit längerem. Angeheizt wurde er zuletzt durch den Thurgau: Die Kantonsregierung schickte im Frühling den neuen Lehrplan in die Vernehmlassung, der keinen Französischunterricht in der Primarschule mehr vorsieht.

Im Juli griff dann der Bundesrat in der Frage ein. Er will im Sprachengesetz verankern, dass der Unterricht in der zweiten Landessprache bereits in der Primarschule beginnen soll. Der Bundesrat würde es vorziehen, nicht einschreiten zu müssen, gestand Innenminister Alain Berset ein. Die Bundesverfassung verpflichte ihn aber dazu, komme die Kantonslösung nicht zustande. (SDA)